

Hintergrund



Corona-Krise: Entwicklungen in den USA

Außenwirtschaftspolitik
Lennart Jansen

Rundschreiben
AP 2020-038

Datum
20. März 2020

Seite
1 von 6

Pandemie Lage

Laut der [Johns-Hopkins-Universität](#) haben sich 14.250 Menschen in den USA mit dem neuartigen Coronavirus infiziert. Fast 200 Menschen sind daran gestorben. Die meisten Todesfälle wurden im Staat Washington registriert (74), gefolgt vom Staat New York (38) und California (18). 121 Personen sind in der Zwischenzeit geheilt.¹ Es gibt jedoch nur sehr beschränkte Test-Kapazitäten, weshalb aktuell von einer hohen Dunkelziffer an Fällen ausgegangen wird. Laut [New York Times](#) haben sich im Staat New York 4.152 Menschen infiziert. In Washington seien es 1.228 und in California 1.044. Der Regierung zufolge sollen die Testkapazitäten schnell ausgebaut werden.

Um die Verbreitung des Virus einzudämmen, hat der Gouverneur von California die eigene Bevölkerung (40 Millionen Einwohner) [angewiesen, zu Hause zu bleiben](#). Auch außerhalb von California wurden örtliche [Ausgangssperren](#) verhängt.

In den USA stehen nach älteren [Einschätzungen](#) 100.000 Betten und Beatmungsgeräte in Intensivstationen der Krankenhäuser zur Verfügung. Dies wird von einigen Experten als unzureichend eingeschätzt.

Am 18. März 2020 hat eine erste Person in den USA einen möglichen [Impfstoff](#) erhalten. Die Behörden schätzen, dass die Entwicklung eines zugelassenen Impfstoffes anderthalb Jahre dauern wird.

Wirtschaftliche Lage

Anstieg der Arbeitslosigkeit

Wie aus anderen Wirtschaftskrisen bekannt ist, kommt es in den USA vergleichsweise schnell zu großen Entlassungswellen. So werden auch aktuell, insbesondere in den Dienstleistungssektoren (Hotels, Gastronomie, Personentransport), verstärkt Kündigungen ausgesprochen. Der New York Times zufolge habe es allein diese Woche in 15 Bundesstaaten 630.000 neue Anträge auf Arbeitslosenunterstützung gegeben (üblich sind etwa 200.000 pro

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: +493020281483
F: +493020282483

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
L.Jansen@bdi.eu

¹ Stand 20.03.2020, 12:43 Uhr nachmittags MEZ

Woche bundesweit).² Offizielle Zahlen zur Arbeitslosigkeit werden erst mit einigen Wochen Verzögerung bekannt sein.

Da die Betroffenen nur sehr eingeschränkt sozialstaatlich aufgefangen werden, ist in den USA mit einem starken Konsumrückgang zu rechnen. Finanzminister Mnuchin sprach gegenüber Kongressmitgliedern von einer im schlimmsten Fall 15 Prozent höheren Arbeitslosenrate (aktuell 3,5 Prozent); das sorgt für Beunruhigung.

Einstellung von Automobilproduktion

Ford, General Motors und Fiat Chrysler haben die Produktion in allen nordamerikanischen Werken bis zum 30. März 2020 vorübergehend eingestellt. Zusammen mit der Automobilgewerkschaft UAW haben sie eine Coronavirus Task Force eingerichtet. Es soll unter anderem geprüft werden, ob man Produktionskapazitäten auf die Herstellung von medizinischer Ausrüstung umstellen könne.

Liquiditätsprobleme

Ein Hauptproblem der Unternehmen sind Liquiditätsengpässe. Das Finanzministerium und die Zentralbank (Federal Reserve, Fed) arbeiten zusammen, um den Markt für sogenannte *commercial papers* zu stützen. Unternehmen verwenden *commercial papers* für die Deckung kurzfristigen Kreditbedarfes. Die Besicherung der *commercial papers* erfolgt durch Forderungen der Emittenten, weshalb sie nur bei ausgezeichneter Bonität ausgegeben werden dürfen. Doch dies wird für die Unternehmen zunehmend zum Problem.

Aktienmarkt im Sinkflug

Der Aktienmarkt ist weiter im Sinkflug. Am 18. März 2020 wurde der Handel erneut vorübergehend eingestellt, da der S&P 500 Index deutlich fiel. Der Dow Jones Industrial Average fiel unter 19.827, dem Stand am Tag der Amtseinführung von Präsident Trump im Januar 2017. Inzwischen sind die Ölmärkte auf ein 18-Jahrestief von 20,37 US-Dollar pro Barrel gefallen (Stand 18.03.2020).

Notfallpakete der Bundesebene

Der US-Kongress und die Trump-Administration haben mehrere Notfallpakete auf den Weg gebracht, um den wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus‘ entgegenzutreten:

Paket I

Am 5. März 2020 verabschiedete der US-Kongress mit überparteilicher Unterstützung ein Notfallpaket in einem Volumen von acht Milliarden

² New York Times, “The Staggering Rise in Jobless Claims This Week”, 19.03.2020, <<https://www.nytimes.com/interactive/2020/03/19/upshot/coronavirus-jobless-claims-states.html>> (eingesehen am 19.03.2020).

US-Dollar. Schwerpunkt sind Mittel für Forschung und Entwicklung eines Impfstoffes.

Paket II

Der US-Senat stimmte am 18. März 2020 der Vorlage aus dem Repräsentantenhaus zu, mit mehreren Milliarden US-Dollar die wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus abzufedern. Hierzu gehören unter anderem bezahlte Freistellung bei Krankheit, kostenlose Tests auf Corona, Lebensmittelversorgung, Arbeitslosenversicherung und die Möglichkeit, Steuerschulden später zu zahlen. Das genaue finanzielle Volumen des Pakets wird aktuell noch durch das Haushaltsbüro (CBO) berechnet, es wird jedoch auf 300 bis 500 Milliarden US-Dollar geschätzt.³

Notstandserklärung

Am 13. März 2020 erklärte Präsident Trump auf Grundlage des Stafford Act den Nationalen Notstand.⁴ Auf dieser Grundlage kann die Bundesregierung speziellen Behörden, Bundesstaaten und Städten zusätzliche Mittel zukommen lassen. So soll allein die Bundesagentur für Katastrophenschutz (FEMA) dadurch zusätzlich 40-50 Milliarden US-Dollar erhalten.⁵

Paket III (in Diskussion)

Derzeit arbeitet die Trump-Administration, insbesondere vertreten durch Finanzminister Mnuchin, mit dem US-Kongress an einem 750 bis 1200 Milliarden US-Dollar umfassenden weiteren Stimulus-Paket. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Administration von einer länger anhaltenden Krise ausgeht. Laut [US-Finanzministerium](#) sind vorgesehen:

- 300 Milliarden US-Dollar für kleine und mittelständische Unternehmen;
- 50 Milliarden Dollar für die Luftfahrt;
- 150 Milliarden US-Dollar für andere belastete Wirtschaftssektoren;
- 2 Mal 250 Milliarden US-Dollar für Direktzahlungen an US-Bürger, Anfang April und Mitte Mai 2020.

Die Trump-Administration ist in Haushaltsfragen auf die Zustimmung des Kongresses und damit auch der Demokraten angewiesen. Daher wird das letztlich verabschiedete Paket nur bedingt den Vorstellungen der Administration entsprechen und stark durch demokratische Politikprioritäten mitbestimmt sein. Zum Inhalt des Pakets gilt daher: Es ist nichts sicher, bis nicht das Gesamtpaket durch beide Kammern des Kongresses verabschiedet wurde.

³ DB Research, COVID-19: List of Monetary and Fiscal Policy Responses by G20 Economies, 19.03.2020.

⁴ White House, Proclamation on Declaring a National Emergency Concerning the Novel Coronavirus Disease (COVID-19) Outbreak, 13.03.2020, <<https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/proclamation-declaring-national-emergency-concerning-novel-coronavirus-disease-covid-19-outbreak/>> (eingesehen am 19.03.2020).

⁵ DB Research, COVID-19: List of Monetary and Fiscal Policy Responses by G20 Economies, 19.03.2020.

Weitere wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung

Schließung der Grenze USA-Kanada

Am 18. März 2020 wurde angekündigt, im gegenseitigen Einvernehmen auch die Grenze USA-Kanada für „non-essential traffic“ zu schließen. Dies soll nicht für wirtschaftlichen Verkehr gelten; Details werden aktuell noch zwischen den Regierungen verhandelt. Die Teilschließung soll in der Nacht vom 20. auf den 21. März in Kraft treten. Bereits in Kraft sind Reiserestriktionen gegenüber China, Iran, dem Schengenraum und UK.

Defense Production Act

Das Weiße Haus veröffentlichte eine Durchführungsverordnung unter Berufung auf das Verteidigungsproduktionsgesetz (DPA) von 1950.⁶ Dieses Gesetz gewährt dem Präsidenten breite Befugnisse, um sicherzustellen, dass die heimische Industrie die nationalen Verteidigungsanforderungen erfüllen kann. Unter anderem kann der Präsident Regierungsaufträge für Waren und Dienstleistungen gegenüber zivilen Kunden priorisieren und Anreize bieten, um die Produktion und Lieferung kritischer Materialien und Technologien zu verbessern. Das Gesetz stammt aus der Zeit des Koreakrieges und wurde seit 1950 bereits mehr als 50 Mal angewendet.

Es ist noch nicht klar, wie das Weiße Haus die Befugnisse des DPA nutzen wird. In einem Tweet schrieb Präsident Trump, dass er die DPA-Befugnisse nur im schlimmsten Fall einsetzen werde. Die Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi (D-CA), forderte den Präsidenten auf, das Gesetz unverzüglich zur Massenproduktion und Koordinierung der Verteilung kritischer medizinischer Schutzausrüstung einzusetzen. Einige US-amerikanische Autohersteller wie Ford, GM und Tesla untersuchen bereits, wie sie ihre Produktion möglicherweise auf benötigte Artikel wie Beatmungsgeräte verlagern können.

Im medizinischen Krisenmanagement wird vonseiten der Trump-Administration stets betont, über *public private partnership* vorgehen zu wollen. Die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsführern wird ausdrücklich gelobt.

Verkürzte Genehmigungsverfahren

Der nationale Notstand erlaubt es den Behörden, einige Regelungen, etwa bei medizinischen Genehmigungsverfahren, auszusetzen und anzupassen.

⁶ White House, Executive Order on Prioritizing and Allocating Health and Medical Resources to Respond to the Spread of Covid-19, 18.03.2020, <<https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/executive-order-prioritizing-allocating-health-medical-resources-respond-spread-covid-19/>> (eingesehen am 20.03.2020).

- Der Leitzins wurde in zwei außerplanmäßigen Schritten um 1,5 Prozentpunkte auf nun 0 bis 0,25 Prozent gesenkt.
- Es wurde ein Programm zum Kauf von Wertpapieren (*Quantitative Easing*) von 700 Milliarden US-Dollar angekündigt.
- Weitere Maßnahmen sollen die Liquidität der Banken sowie ihre Fähigkeit Kredite zu vergeben, verbessern. Es werden täglich neue Maßnahmen angekündigt: <https://www.federalreserve.gov/>

Reaktionen der Wirtschaft

Präsident Trump traf sich mit Vertretern aus Branchen, die am stärksten vom wirtschaftlichen Abschwung betroffen sind: Reisen, Gastgewerbe und Tourismus. Direkte Bailout-Pakete für Unternehmen werden intensiv diskutiert und von Interessenvertretern offensiv eingefordert (Airlines, Hotels, Kreuzfahrt) – die Administration versucht, den Begriff „Bailouts“ jedoch um jeden Preis zu vermeiden. Demokraten, insbesondere Senator Warren, fordern, dass Bailouts mit strengen Konditionen versehen werden, damit das Geld nicht in Boni und Aktienrückkäufe fließt. (Hintergrund der Kritik: US-Unternehmen haben in den letzten Jahren viel Geld für Aktienrückkäufe ausgegeben und auch deshalb nun oft unzureichende finanzielle Reserven.)

Eine [Koalition](#) aus 160 Unternehmensgruppen forderte eine Aussetzung der Zölle für chinesische Waren im Wert von mehr als 350 Milliarden US-Dollar. Ihr Antrag betrifft auch die Stahl- und Aluminiumzölle. Präsident Trump lehnt diesen Vorschlag bisher ab. Der USTR hat jedoch in den letzten Tagen einige Ausnahmen für medizinische Artikel erlassen.⁸

Die National Association of Manufacturers (NAM) hat Empfehlungen im [“COVID-19 Policy Action Plan Recommendations”](#) ausgesprochen. Unter anderem fordert NAM die Bundesregierung auf, einen „Manufacturing Resiliency Fund“ einzurichten, der Kredite an Hersteller und kleine Unternehmen in Höhe von 1,4 Billionen US-Dollar umfasst.

In ähnlicher Weise stellt die US-Handelskammer Informationen zu COVID-19 zur Verfügung, einschließlich eines politischen Trackers für Bundesstaaten und Kommunen. Zudem hat die Kammer eine Reihe [politischer Empfehlungen](#) an die Trump-Administration und den Kongress ausgesprochen. In Bezug auf Lieferketten und Handel empfiehlt die Kammer die Zusammenarbeit mit der Express-Transportindustrie (z. B. FedEx, DHL usw.). Hier geht es darum sicherzustellen, dass ausreichende Kapazitäten für den Transport kritischer medizinischer Lieferungen aus Europa und Asien vorhanden sind, die normalerweise mit Passagierflugzeugen transportiert werden. Von Exportkontrollen und anderen Beschränkungen des Handels mit lebenswichtigen medizinischen Geräten wird strikt abgeraten und gewarnt. Auch Pläne

⁷ DB Research, COVID-19: List of Monetary and Fiscal Policy Responses by G20 Economies, 19.03.2020.

⁸ Reuters, “U.S. Excludes some Chinese Medical Products from Tariffs”, 13.03.2020, <<https://www.reuters.com/article/us-health-coronavirus-usa-tariffs/us-excludes-some-chinese-medical-products-from-tariffs-idUSKBN210043>> (eingesehen am 19.03.2020).

für „Buy American“-Regeln (z. B. Pharmaindustrie) sollten vermieden werden. Die jüngsten Ausnahmen bei Zöllen für medizinische Geräte sollten erweitert werden.

Politische Lage

- Die politische Debatte, auch zu Maßnahmen bezüglich des Corona-Virus, verlaufen immer noch größtenteils entlang von Parteigrenzen und mit Wahlkampfperspektive. Für unbürokratische, kooperative Lösungen – wie sie aktuell etwa in Deutschland zwischen den politischen Parteien oder zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften abgesprochen werden – fehlt in den USA an vielen Stellen die Vertrauensgrundlage.
- In der Krisenkommunikation treten Vizepräsident Pence, Gouverneure, Minister und Experten stärker in den Vordergrund. Präsident Trump, der die Gefahr durch das Corona-Virus bis zum Börseneinbruch am 9. März 2020 als Fake News abgetan hatte, steht nach einigen als katastrophal bewerteten Auftritten nun etwas weniger im Zentrum. Trump spricht immer noch öffentlich vom chinesischen Virus, Pence vom Corona Virus.
- Der ehemalige Vizepräsident Biden ist so gut wie sicher demokratischer Kandidat. Es wird erwartet, dass Senator Sanders seine Kampagne demnächst aussetzen oder einstellen wird. Biden hat angekündigt, eine Frau als Kandidatin für das Amt des Vizepräsidenten zu nominieren.
- Nachdem schon einige Vorwahlen ausgesetzt wurden ist fraglich, unter welchen Bedingungen die Parteikongresse zur offiziellen Nominierung der Kandidaten und die Wahl im November stattfinden werden. Eine Wahlverschiebung bräuchte jedoch Zustimmung des Kongresses, also der Demokraten – Wahlrechtsänderungen wohl sogar eine Mehrheit zur Verfassungsänderung. Die Organisation und Regelung der Wahl liegt wiederum in weiten Teilen in der Zuständigkeit der Bundesstaaten.